



Preis: 12 Sgr. ...

Erpedition: Herrenstrasse Nr. 20.

Nr. 26. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 16. Januar 1874.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

28. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 15. Januar).

11 Uhr. Am Ministertisch Leonhardt und Fall mit zahlreichen Commissarien.

Die Commission für den Gesetz-Entwurf über das Vormundschaftswesen ist heute gewährt und hat sich constituirt: Dr. Baehr (Vorsitzender), Philipp (Stellvertreter), Helf und Kraß (Schriftführer), Werner, Klapp, Zelle, Larz, Fiedler, Michaelis, Frickhöfer, Rochann, Wiesenbach, v. Löper.

Desgleichen die Commission für die Berliner Stadtbahn: Löwe, Miquel, v. Goldfuß, Dehryn, Widert, Brons, Scholz (Reiffe), Alderath, Schröder (Lippstadt), Vogelge, Kalle, v. Sauten-Tarpuschen, Richter (Hagen), Berger, Silbebrand, Rischke, v. Benda, Bender (Mittkirchen), Lieber, von Gaubeder, Stengel.

Endlich ist die Gemeinde-Commission für den vom Abgeordneten Hagen eingebrachten Gesetz-Entwurf, betreffend die Heranziehung der Forenfen u. s. w. zu Communalabgaben, verständig worden durch die Abgeordneten Lauenstein, Nitsche (Münsterberg), Hammacher, Hagen, Beleties, Liebenmann und Neffe.

Vom Abg. Wiesenbach ist eine Interpellation, betreffend die bezüglich der Verordnung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf angestellten Recherchen, betreffend das Verhalten der Lehrer bei den Wahlen, angefündigt.

Das Haus tritt in die dritte Verathung des Gesetzesentwurfs über die Verknüpfung des Personenstandes und die Form der Ehe-Eheschließung ein, zu der heute gegen 40 Amendements zur Abänderung der Beschlässe der zweiten Verathung vorliegen und die mit einer allgemeinen Diskussion beginnt.

Abg. v. Scharlemmer-Mit: Wir sind nun glücklich bei der dritten Lesung angekommen, und hätten sie vielleicht schon beendet, wären nicht die Weichen nachträglich dazwischen gekommen. Wenn die Dampfmaschine unserer Gesetzgebung mit so viel Atmosphärendruck arbeitet, so ist die Furcht einer Kessel-Explosion wohl berechtigt. Natürlich bleiben die Läden dabei nicht aus; man hat das königliche Haus Hohenzollern vergessen und der Abg. Wähler hat dies zu verbessern gesucht. Es sind noch viele Läden in dem Gesetz, auf die aufmerksam zu machen, nicht meine Pflicht ist. Wenn ein Bräutigam seiner Braut versprochen hat, der Civiltrauung die kirchliche folgen zu lassen, und dies Versprechen nicht hält, so ist es sehr traurig, daß die Braut wider ihre Ueberzeugung zu einem Konubinate gezwungen wird. (Heiterkeit.) Für die Liberalen ist es ja die Hauptsache, daß die obligatorische Civilehe überhaupt vorhanden ist. Wenn der Ministerpräsident sagte, er habe durch Zurückhaltung dieses Gesetzes den Katholiken die Folgen der Mischehe fühlbarer machen wollen und es sei eine Concession der Regierung, wenn sie das Gesetz vorlege und so eine Waffe aus der Hand gebe, (Sehr wahr! links) so glaube ich das nicht. Die Verögerung hatte an anderer Stelle ihren Grund und hat ihren Ausdruck in § 2 gefunden, nach welchem die Standesbuchführung auch Geistlichen übertragen werden kann. Man hat verstanden, gegen den Stachel zu ledern, indessen sofort am nächsten Tage das Datum wieder aufgehoben. Die Motive rechtfertigen die Vorlage aus fünf Gründen: vier davon würden schon durch die Noth- oder facultative Civilehe beseitigt sein; der fünfte fordert auch die obligatorische Civilehe nicht, er bildet aber das große Geschäft, welches immer angefahren wird, die Noth der Protestanten und die Auslehnung der Bischöfe. Die Motive liefern den Beweis, daß es mit der Bewegung der Alt Katholiken nicht vorwärts gehen will und man sieht, daß hierbei Stillstand ein Rückgang ist.

Wenn es heißt, daß man die Alt Katholiken nicht zwingen wolle gegen ihre Ueberzeugung aus der katholischen Kirche austreten zu müssen, weil sie eine kirchliche Einsegnung der Ehe nicht erlangen können, so kann einen solchen Satz nur jemand schreiben, der mit den Einrichtungen der katholischen Kirche so wenig vertraut ist, wie der Herr Culusminister. (Sehr wahr! im Centrum. Heiterkeit.) Denn das weiß jeder Katholik, daß ein Alt Katholik schon an und für sich aus der katholischen Kirche ausgeschlossen ist. (Stimmen rechts: Unwahr!) Den zweiten Punkt, die Auslehnung der Bischöfe, hat der Ministerpräsident besonders illustriert in seiner Rede gegen den Abgeordneten v. Gerslach, von der ich dich dahin gestellt sein lasse, ob sie geschmackvoll war. (Widerspruch links.) Sie auf der Linken finden freilich Alles geschmackvoll, was Fürst Bismarck sagt. (Sehr wahr! im Centrum. Heiterkeit.) Der Ministerpräsident sagte, er wäre schon zufrieden, wenn man ihm in den letzten 12 Jahren keinen Widerspruch nachweisen könnte; man solle nicht Citate aus einer Rede machen, die vor einem Vierteljahrhundert gehalten sei. So weit braucht man gar nicht zurückzugehen. In seiner Rede vom 17. Dezember v. J. weist er ausdrücklich auf das Dogma der Uefelbarkeit hin, nach welchem es nun kein Gesetz geben könne, welches nicht die Willkür des Papstes habe. Natürlich ist das ein durchaus unrichtiger Satz. Vor zwei Jahren sagte der Ministerpräsident noch, man müsse das Dogma der Uefelbarkeit, welches von Millionen Katholiken angenommen sei, respectiren und habe sich nicht darum zu kümmern; in letzter Instanz, meint er, seien die Katholiken doch gezwungen, dem entscheidenden Urtheile des Papstes sich zu fügen. Fürst Bismarck hat aber selbst in einem Schreiben an Antonelli die Autorität des Papstes gegen das Centrum angerufen, was sowohl römischerseits, wie zu erwarten, abgelehnt, als auch vom Centrum verbeaten wurde. Den Bischöfen hat er den Vorwurf gemacht, ihr Verhalten wäre revolutionär, und zwar mit der angeblich milderen Declaration, die jedoch in Wahrheit den Anspruch verschärfte, daß sie die Revolution wissenschaftlich vorbereiteten.

Daß der Fürst Bismarck irgend eine Thatsache dafür angeführt? Ueberall und immer haben die katholischen Bischöfe nach ihrer Pflicht und nach der Lehre der Kirche von jeder gewaltsamen Auslehnung abgemahnt. (Widerspruch links.) Etwas anderes ist es, wenn sie erklären, daß ihr Gewissen ihnen verbiete, bei der Ausführung der Gesetze mitzuwirken. Das ist keine Auslehnung, das ist einfache Erfüllung eines Gewissenspflicht. Die alte deutsche Bundesverfassung war unbedingt ein feierliches Gesetz und wer hat mehr zu ihrem Untergange beigetragen als Fürst Bismarck. (Auf: Zur Sache!) Verbandet mit den Erzeubischofen hat er 1866 an die ungarischen und dalmatischen Regimenter durch die Herren v. Uedom und Varral aufgeföhrt, ihren Kriegshern im Stiche und die ungarische Legion unter Klapka sich bilden zu lassen. Ein Mann, dessen Vergangenheit mit solchen Thatsachen belastet ist, darf am Allerwenigsten gegen die Bischöfe den Vorwurf revolutionären Verhaltens erheben. (Weifall im Centrum. Zwischen links.) Ich verzihte darauf, meinen Beweis weiter zu führen; ich will aber noch daran erinnern, daß trotz des gesetzlichen Verbotes des Duells der Reichszanzler den Abg. Buxhof zum Duell herausgefordert hat. — Wenn man den Kampf gegen die katholische Kirche nicht als einen wesentlichen Grund herangezogen hätte, wäre es wohl nicht gelungen die Vorlage der Krone abzurufen. Dieser Kampf macht die Vorlage auch der conservativen Partei angenehm. In den Motiven ist immer auf das Bedürfnis verwiesen, wo ist nun irgend wie von katholischer Seite selbst unter der Einwirkung der Mischehe ein Wunsch auf Einführung der Civilehe laut geworden? Wegen ein paar Hundert Menschen, die mit ihrem Glauben und Sitten zerfallen sind, (schärfer Widerspruch) sollen Millionen von Katholiken und Protestanten zu einem ihren Gewissen widersprechenden Akte gezwungen werden. In den Augen des Volkes wird die Rehabilitirung dieser paar Hundert Menschen nicht erreicht, die ohne kirchliche Einsegnung geschlossene Ehe wird vom Volke immer als Concubinat betrachtet werden. (Widerspruch links.)

Auch in gewissen höheren Kreisen wird diese Anschauung herrschen und die kirchliche Trauung von Jedem gefordert werden, z. B. von allen Beamten und von den Offizieren. Es kommt weniger darauf an, was man von dem Werth der kirchlichen Trauung in Bezug auf die Nupturienten hält, ist unwichtig; aber in Bezug auf die aus der Ehe zu erzielenden Kinder ist es ein Unterschied, ob sie unter dem Segen der Kirche oder unter dem Fluche der Sünde geboren werden. (Heiterkeit.) Die leichtere Trauung wird auch eine leichtere Trennung zur Folge haben und wir werden vielleicht zuletzt zu dem Gesetz der freien Liebe kommen, das jetzt schon seine Anhänger hat. Die religiöse Ehe ist nicht allein die Grundlage der Familie, der Gesellschaft und des Staates, sondern auch der Population; ich verweise auf Forscher Bevölkerungsstatistik des Alterthums und auf den Bericht des französischen Ministers

Ministers Loubet an den Kaiser Napoleon. Wir haben Frankreich glänzend besiegt und uns vielfach unserer Sitten und Frömmigkeit geröhmt; jetzt überführen wir uns förmlich französische Institutionen einzuführen, die noch aus der Revolution stammen, in welche auch die Knechtung der Kirche fiel. Gegen die großartigen Revolutionshelden Danton, Marat und Robespierre erscheinen mir unsere heutigen Kirchenführer wie Bogymäen, die an den Keulen der Sektulose herumtrabeln. (Große Heiterkeit.) Tacitus rühmt von unsern Vorfahren, wie heilig ihnen die Ehe war, das war keine französische Civilehe (Stürmische Heiterkeit.) Wir werfen deutsche Sitten über Bord, besser wäre es, wenn wir ein so undeutliches Gesetz verwürfen. Da Sie das nicht thun, mögen Sie auch die Folgen verantworten.

Abg. v. Sauten (Zarpuschen): Ich will dem Vorredner auf das Gebiet, dem Ministerpräsident in seiner Abwesenheit Inconsequenzen vorzuwerfen, nicht folgen. (Weifall links. Bewegung im Centrum.) Wenn der Vorredner meinte, wir arbeiten mit Dampf, so will ich anführen, daß ich ein schwärmerischer Verehrer dieser neuen Art der Gesetzgebung allerdings nicht bin, aber die Verathung dieses Gesetzes schein mir keine Dampfarbeit zu sein; denn nachdem wir wieder 3 Wochen mit dem Volke verkehrt haben und die Reichstagswahlen ausgenommen, kein anderer Gegenstand behandelt worden ist, kann man wohl am allerwenigsten von Ueberhäufung sprechen. Die Stellung der Centrumpartei zu den vorliegenden Gesetzen ist eine eigenthümliche; wenn man mit den Herren privatim spricht, so sagen sie: Ihr glaubt damit eine große Waffe gewonnen zu haben; jetzt doch in der Rheinprovinz, ist da unsere Macht etwa geschwächt. Um so mehr muß man sich wundern, hier im Hause immer von Euthrichtigung zu sprechen zu hören. Wenn sich die Mitglieder der Centrumpartei immer gegen den Vorwurf wahren, daß ihre Bischöfe und sie selbst zur Injuriection verleiten, so haben sie allerdings in vielen Beziehungen Recht. Der Abg. Reichensperger entwickelte in seiner Rede nach berühmten Rechtslehrern und Philosophen das Recht der Revolution für das Judentum; das thut jeder Naturrechtslehrer und jeder Philosoph; aber Niemand wird behaupten, daß der Staat verpflichtet ist, die Ausübung dieses Rechtes zu dulden. (Sehr richtig!) Den Alt Katholiken zu helfen ist jedenfalls nicht die Aufgabe des Gesetzes; wir wollen nur, daß die rechtlichen Nachteile und Verwirrungen, welche aus der Ausübung der kirchlichen Funktionen durch ungeschicklich angefertigte Geistliche entstehen, nicht in die bürgerlichen Verhältnisse hineingetragen werden sollen. Den Streit zwischen Staat und Kirche werden wir damit nicht lösen; wenn aber die Gelegenheit geboten wird, den Streit auf derjenigen Oberfläche zu halten, auf der er bleiben sollte, und Sie (im Centrum) weisen diese Gelegenheit zurück, so hat es allerdings den Anschein, als wünschten Sie den Streit in das Volk hineinzutragen. (Sehr richtig! links.)

Im Hause haben sich nun für dieses Gesetz Enthusiasten gefunden, die es unter allen Umständen zu Stande bringen wollen, zu diesen gehört meine Partei nicht. Es giebt aber auch halbe Freunde, die das Gesetz nur als eine unangenehme Nothwendigkeit ansehen. Alle Freunde des Gesetzes müßten in der dritten Lesung zusammentreten, um ein wirklich gutes Gesetz zu Stande zu bringen. Zu den Mängeln des Gesetzes ist zunächst die Bestimmung zu rechnen, nach welcher Geistliche angestellt werden können, daß diese Bestimmung die Reinheit des Gedankens trübt, ist vielfach hervorzuheben. Ich glaube auch, in Gegenden gemischter Bevölkerung darf man die Standesbuchführung keinem Geistlichen irgend welcher Confession übertragen, damit Niemand gezwungen wird, sich civiltir von einem Geistlichen trauen zu lassen, der nicht seiner Confession angehört. Wenn der Herr Culusminister erklärte, er könne das Gesetz nur dann ausführen, wenn die Anstellung von Geistlichen gestattet sei, weil es an anderen geeigneten Personen fehle, so sind doch diese Verträge nur von seinen Beamten verfaßt und er wird doch uns, die mit dem Volke in Berührung kommen, auch ein gewisses Urtheil zutragen. Ich habe noch niemals die Behauptung gehört, daß es in den östlichen Provinzen an Personen fehle; es ist mir schon nicht klar, weshalb z. B. die Lehrer ausgeschlossen sein sollten. Wenn darunter die Feiertlichkeit des Civilactes leiden sollte, so würde das eigentlich ein Vortheil sein, weil die kirchlichen Trauungen um so regelmäßiger folgen würden, je mächtiger der Civilact bleibt. Also nicht mit Schonung, sondern mit der größten Schroffheit müßte bei dieser Trennung des bürgerlichen vom kirchlichen Acte vorgegangen werden. Es sind immer die materiellen Interessen der Geistlichen erwähnt worden. Ich kann mir nun gar nicht denken, daß jemand und besonders die Frauen den wichtigsten Act der Eheheziehung ohne jede Formalität vornehmen werden; sie werden vielleicht aus der Kirche austreten und neue Gemeinschaften bilden; jedenfalls aber werden sie irgend welche Formalitäten vornehmen auch in der neuen kirchlichen Gemeinschaft, so daß den Geistlichen vielleicht fixirte Zuschüsse dafür gegeben werden könnten.

Vielleicht könnte bei der bevorstehenden Auseinandersetzung des Staates mit der Kirche ein bestimmter Theil des Kirchenvermögens dazu bestimmt werden. Das Amendement, welches ich und meine Freunde gestellt haben, entspricht dem Geiste des Gesetzes und macht dasselbe reiner und klarer. Wenn der Abg. Kasker sagte, er würde abwarten, ob Jemand eines Punktes wegen, der nicht nach seinem Sinne wäre, gegen das ganze Gesetz stimmen werde, so kann ich ihm sagen, daß ich den Muth habe, weil die Anstellung von Geistlichen dem Geiste des Gesetzes widerspricht. Der Herr Culusminister wird trotz der Annahme unseres Amendements dieselbe Energie bei der Ausführung des Gesetzes entwickeln, wie wenn es ganz nach der Regierungsvorlage angenommen wäre, weil ihm sehr viel an dem Zustandekommen des Gesetzes liegt.

Damit schließt die allgemeine Discussion und die specielle beginnt. Zu § 1 (die Beurkundung der Geburten, Heirathen und Sterbefälle erfolgt ausschließlich durch die vom Staate bestellten Standesbeamten mittelst Eintragung in die dazu bestimmten Register) verlangt Windthorst (Wiesfeld) das Wort, um zu constatiren, daß das Gesetz im ganzen Lande mit großer Freude, ja mit Jubel begrüßt worden ist, zumal in den Motiven nur die Noth und nicht der eigene Trieb, der überall getheilt wird, als die Ursache dieses Gesetzes bezeichnet worden ist, und nentlich sogar Fürst Bismarck das revolutionäre Benehmen der Bischöfe als seine einzige Veranlassung hinstellte. Vielmehr ist das Gesetz lediglich als eine langjährige Forderung der liberalen Partei, als ein Postulat der praktischen Vernunft und der Sittlichkeit, zu betrachten und es darf daher, selbst wenn die Geistlichen von der Bestimmung zu jenen Aemtern nicht ausgeschlossen werden sollten, als ein immer noch wesentlicher Fortschritt zum Besseren, noch nicht verworfen werden. Es wird dieses Gesetz die seit mehr als 25 Jahren erwartete Verwirklichung einer Verheißung der Verfassung und eine Errungenschaft des von Ihnen, m. H. (zum Centrum gewendet), so vielfach verlannten und so hart geschmähten Fortschritts des Geistes sein. (Bravo.)

Abg. v. Wedell-Behlingsdorf: Ich constatire, daß diese Freude über den Gesetzentwurf in den Kreisen, in denen ich mich bewegte, eine sehr getheilte ist und mir gereicht es im Gegenheil zur Freude, daß man im Lande den Ernst der Lage durchaus nicht erkennt. Ich gehöre nicht zur orthodoxen Partei der evangelischen Kirche, sondern trete nur als strenger evangelischer Christ an die Vorlage heran. Als solcher nun halte ich die Vorlage zwar für die Kirche nicht bedenklich, wohl aber für den Staat in seiner Stellung zur Kirche, die nimmehr außer Möglichkeit gesetzt werden soll, den Staat ja seinen Aufgaben so zu unterstützen, wie sie es bisher gethan hat. Auch principielle Freunde der Civilehe theilen mit mir das Bedenken gegen das Gesetz, daß dadurch der Kirche gleichzeitig der Einfluß, vermöge dessen sie auf die Vollziehung der kirchlichen Aulse hinzuwirken im Stande war, genommen wird. Ferner zeigt sich darin die Tendenz, für eine Form zu sorgen, welche es möglich macht, in der Gesellschaft auch ohne kirchliche Trauung, makellos dazustehen, während nach meiner Ueberzeugung es Pflicht des Staates ist, dahin zu wirken, daß der bürgerlichen Trauung die kirchliche folgt. Jedenfalls muß ich die Wiederannahme des § 6 empfehlen, jedoch mit der Befestigung der ganz überflüssigen Bestimmung, daß die Geistlichen verpflichtet seien, jeden Act zu vollziehen. (Der Präsident fordert den Redner auf, sich nicht von der Sache zu entfernen.) Ich erkläre also, daß ich diesem vom Hause veränderten Gesetzentwurf nicht bestimmen kann, weil er über das Bedürfnis hinausgeht und der Kirche die Fähigkeit nimmt, dem Staate die Dienste zu leisten, die er ihm bisher mit so gutem Erfolge geleistet hat. § 1 wird mit großer Majorität angenommen, worauf die Discussion sich

den §§ 2 und 3, die von der Abgrenzung der Amtsbezirke, den zu Standesbeamten berufsaren Beamtencategorien und ihrer Verpflichtung zur Uebernahme des Amtes handeln. Diese Paragraphen hat die freie Commission (Miquel und Gen.) abweichend von den Beschläffen der zweiten Verathung, in folgender Fassung dem Hause vorgelegt:

§ 2. Die Amtsbezirke der Standesbeamten werden dergestalt abgegrenzt, daß sie einen oder mehrere Gemeindebezirke umfassen. Größere Gemeinden können in mehrere Bezirke getheilt werden. Für jeden Standesbeamten werden ein oder mehrere Stellvertreter bestellt. Die Abgrenzung der Bezirke geschieht durch den Oberpräsidenten und zwar für den Geltungsbereich der Kreisordnung vom 13. December 1872 auf Vorschlag des Kreisauschusses beziehungsweise in den Stadtkreisen auf Vorschlag der städtischen Behörden, für den übrigen Theil der Monarchie nach Anhörung der Gemeindebehörden.

§ 4. Die Bestellung der Standesbeamten, sowie deren Stellvertreter geschieht durch den Oberpräsidenten. Der denselben ertheilte Auftrag ist stets widerruflich. Das Amt eines Standesbeamten ist Gemeinde- und Bezirksbeamten zu übertragen. Die Uebertragung erfolgt für den Geltungsbereich der Kreisordnung vom 13. December 1872 auf Vorschlag des Kreisauschusses beziehungsweise in den Stadtkreisen auf Vorschlag der städtischen Behörden, für den übrigen Theil der Monarchie nach Anhörung der Gemeindebehörden. Jeder Gemeindebeamte, insbesondere jeder Gemeindevorsteher (Bürgermeister u. s.) ist verpflichtet, für denjenigen Bezirk (§ 2), zu welchem der Bezirk seines Hauptamtes gehört, das Amt eines Standesbeamten oder Stellvertreter zu übernehmen. Derselbe Verpflichtung haben die Vorsteher der aus mehreren Gemeinden eines Kreises zusammengesetzten Verwaltungsbezirke (Amtsdorsteher, Amtmänner, Haudesvicize, Kirchspielvicize u. s. w.) mit Ausnahme jedoch der Amtshauptleute in der Provinz Hannover und der Amtmänner in Regierungsbezirk Wiesbaden. Für Gemeindevorsteher und Vorsteher der aus mehreren Gemeinden eines Kreises zusammengesetzten Verwaltungsbezirke erlischt die Bestimmung zum Standesbeamten zugleich mit dem Verlust des Gemeindeamtes. Im Falle eines besonderen Bedürfnisses darf das Amt eines Standesbeamten auch anderen als Gemeinde- und Bezirks-Beamten übertragen werden, jedoch sind zuvor in dem Geltungsbereich der Kreisordnung vom 13. December 1872 der Kreisauschuss beziehungsweise in den Stadtkreisen die städtischen Behörden, für den übrigen Theil der Monarchie die Gemeindebehörden sowohl über das Vorhandensein des besonderen Bedürfnisses wie über die für die Ernennung in Betracht kommenden Personen zu hören.

Für beide Paragraphen beantragt Abg. Philippi durchweg anstatt: „und zwar für den Geltungsbereich der Kreisordnung vom 13. December 1872 u.“ zu setzen: „auf Vorschlag des Kreisauschusses, oder wo ein solcher nicht besteht, nach Anhörung der Gemeindebehörden, beziehungsweise in den Stadtkreisen, auf Vorschlag der städtischen Behörden.“

Zum letzten Alinea § 3 beantragt v. Sauten-Tarpuschen den Zusatz: Geistlichen und Religionsdienern darf das Amt eines Standesbeamten nicht übertragen werden; und Windthorst (Weyden) denselben Satz, dem er jedoch für den Fall der Verwerfung den § 6 der Regierungsvorlage in folgender Fassung hinzufügen will: „Der Regierungspräsident (Landdrost) ist im Falle des besonderen Bedürfnisses für den Geltungsbezirk der Kreisordnung auf Vorschlag des Kreisraths beziehungsweise in den Stadtkreisen auf Vorschlag der städtischen Behörden, für den übrigen Theil der Monarchie nach Anhörung der Gemeindebehörden beauftragt, neben dem ordentlichen Standesbeamten des Hauptbezirks innerhalb bestimmter räumlicher Grenzen auch Geistliche zu Standesbeamten zu bestellen. Derselben sind alsdann ermächtigt und verpflichtet, in Beziehung auf diejenigen Personen, welche sich an sie wenden, alle Standesakte mit voller rechtlicher Wirkung zu vollziehen. Durch die Bestellung eines solchen Nebenbeamten wird die Zuständigkeit des ordentlichen Standesbeamten nicht berührt.“

Auf die Mittheilung aller sonstigen das Verhältniß nur erscheinenden Amendements verziehen wir um so eher, als sie sämmtlich bei der Abstimmung (f. u.) verworfen werden.

Zubörderst erklart Abg. Philippi mit wenigen Worten sein Amendement.

Nichter (Sangerhausen): Gegen die Gewohnheit, evangelische Geistliche ebenso als Clerus zu behandeln, wie die katholischen, was wiederum durch das Amendement Windthorst (Weyden) bezweckt wird, muß ich mich verwahren und zwar auf Grund der großen Grundsätze der Reformation. Diesen entspricht zwar eine Scheidung des geistlichen Amtes von dem bürgerlichen, nicht aber der Inhaber geistlicher Aemter von den übrigen bürgerlichen Personen. Ich wünsche, daß in der Abmessung der Rechte und Pflichten die Staatsbürger gleich behandelt werden und kann dem Antrage Sauten-Tarpuschen meine Zustimmung nicht geben, durch den die evangelischen Geistlichen, als wären sie ebenfalls Cleriker, zugleich mit den katholischen ausgeschlossen werden sollen. Auch die Aufnahme des § 6 als Ausnahmestimmung zu § 2 kann ich nicht billigen, da dadurch die wesentliche Bestimmung des § 2 wieder aufgehoben wird. Hüthen wir uns doch, neben der Hauptstellung noch diese Nebenstellung zu schaffen, wodurch die Einheitsheit der Civilstandsführung erheblich erschwert werden würde und meizen wir den Schein, als wollten wir vornehmlich große Grundbesitzer zu Civilstandsbeamten haben. Nehmen Sie die Amendements, die wir gestellt haben und die ja wesentlich den Beschläffen des Hauses entsprechen, an und schaffen Sie keinen Clerus, wo keiner sein soll.

Abg. Miquel: Wenn wir in unserem Amendement an Stelle des Kreisraths den Kreisauschuss gesetzt haben, so bezog uns dazu die Ansicht, daß der erstere eine zu schwerfällige Behörde sei. Durch die Einsetzung des Oberpräsidenten ferner an Stelle des Regierungspräsidenten glauben wir eine größere Garantie gleichmäßiger Behandlung zu erlangen, weil ja der Regierungspräsident bereits auf den Aussterbeetat gesetzt zu sein scheint. Betreffs des § 2 sind wir von der Ansicht ausgegangen, daß die Standesbeamten Communalbeamte sein müssen, daß die Führung der Standesregister naturgemäß zur Kompetenz der Commune gehöre. Diesen Grundsatze haben wir nur deshalb theilweise ausgebeugen, um die praktische Durchführung des Gesetzes zu ermöglichen, weil vielleicht geeignete Personen aus der Zahl der Gemeindebeamten sich nicht immer finden lassen könnten. Allerdings ist die Führung der Standesregister, verbunden mit der Leitung der Handlungen bei der Trauung nicht so leicht, zumal die Gehaltsverhältnisse, über die sich der Standesbeamte ein Urtheil zu bilden hat, in den verschiedenen Provinzen verschieden normirt sind. Mit Unrecht verweist man auf die Erfahrungen am Rhein, wo der Bürgermeister ein besoldeter und wohl geschulter Subalternbeamter ist, was von den Schulzen in den östlichen Provinzen oder dem Vorsteher in Hannover nicht gesagt werden kann, noch viel weniger von denen in Schleswig, wo eine geordnete Communalverwaltung noch gänzlich mangelt. Wenn nun die Herren von der Fortschrittspartei mit Anerkennung des Mangels an tüchtigen Gemeindebeamten auch Andere zulassen, die Geistlichen jedoch ausschließen wollen, so ist das eine Inconsequenz. Denn daß sich keine geeigneten Personen unter den Laien finden, ist eben so möglich als, daß sich keine genügenden Gemeindebeamten finden. Ich erinnere an, daß es möglich ist zu vermeiden sei, Geistliche besonders in Bezirken von confessionell gemischter Bevölkerung zu bestellen. Jedoch habe ich sowohl das Vertrauen, daß darin die Regierung mit der größten Sorgfalt verfahren wird, als die Ueberzeugung, daß gerade in solchen Districten gerade am meisten auch andere geeignete Personen sich finden werden.

Das Amendement Windthorst aber kann in keinem Falle etwas nützen, weil die subsidiarische Ernennung von Geistlichen in solchen Bezirken, in welchen bereits Hauptstandesbeamten aus dem Laienstande ernannt sind, gar keinen Sinn haben würde. Gegenüber dem Amendement Philippi bemerke ich, daß wir einen Unterschied machen zwischen dem Vorschlag des zu ernennenden Beamten und der Anhörung, und uns das Befahren so denken, daß der Kreisauschuss auf die Aufforderung des Oberpräsidenten Personen vorschlägt, die letzterer zu ernennen hat, wenn er sie für fähig hält. Bezieht aber der Kreisauschuss überhaupt das Vorhandensein geeigneter Gemeinde- und Bezirksbeamten, so hat der Oberpräsident die Möglichkeit dieses zu prüfen. Auf diese Weise vermeide wir es, daß Gemeinden durch das Vorkommen eines solchen Mangels die Kosten und Mühe von sich ab und dem Staat zuzuwenden versuchen. Ich glaube deshalb, daß durch unsere

Vorschläge der Gedanke der in zweiter Lesung beschlossenen Fassung viel schärfer ausgedrückt ist, ohne im Princip davon abzuweichen zu sein. Ferner glauben wir klar gestellt zu haben, daß noch das Vorhandensein eines Bedürfnisses nach anderen Personen als Gemeinde- und Bezirksbeamten ausdrücklich constatirt sein muß. Die Regierung kann nicht ohne Weiteres und ohne besondere Verhandlungen sagen, es seien solche Beamte nicht vorhanden. Auf diese Weise schließen wir einen Mißbrauch und eine unloyale Ausübung des Gesetzes aus.

Der Cultusminister: Die beiden Amendements entsprechen wesentlich nur dem Gedanken der aus der zweiten Lesung hervorgegangenen Fassung, welche fast von allen Seiten des Hauses, sowie auch von der Regierung selbst anerkannt worden ist. Aus diesen Gründen würde ich es unterlassen haben, das Wort zu ergreifen, wenn nicht die Ausführungen des Abg. Sauten-Tarputtschen mich genöthigt hätten, noch ganz bestimmt die Bitte zu wiederholen, sein Amendement zu verwerfen.

Abg. Windthorst (Vielefeld): Ich bestreite den Mangel an geeigneten Personen zur Führung der Civilstandsregister in den östlichen Provinzen und berufe mich auf das allgemeine Zeugniß der von dorthin kommenden Männer, wie namentlich meines Freundes Sauten. Wird nun den Geistlichen das Amt als Hauptamt gegeben, so wird dadurch ein unerträglicher moralischer Zwang geschaffen, dem nicht allein Leute von anderem Glaubensbekenntnis als dem des geistlichen Führers eines Civilstandsregisters unterworfen sein würden, sondern ganz besonders auch Leute von derselben Confession, die mit ihrem Geistesleben nicht in guten Einvernehmen stehen. Im andern Falle aber würde wieder der Gedanke des Gesetzes völlig vernichtet, indem, falls der Geistliche das Amt als Nebenamt führt, nur die kirchlich Gesinnten zu ihm, die andern zum weltlichen Civilstandsbeamten gehen würden. Der Abg. Richter, welcher Gleichberechtigung für Alle fordert, erinnere ich an die Ausschließung von Geistlichen von der Berufung als Geschworne und, was dem Abgeordneten für Meppen besonders interessant sein wird, von der Ausübung des Wahlrechts in Amerika. Zum Schluß richte ich an den Cultusminister eine Frage. Ein großer Theil der protestantischen Geistlichen befindet sich nämlich in dem irrthümlichen Glauben, daß sie, wenn sie als Civilstandsbeamten berufen würden, sie auch gesetzlich verpflichtet sein würden, das Amt zu übernehmen. Obgleich dieses Mißverständnis bereits in der zweiten Lesung durch die Ausführungen des Herrn Cultusministers beseitigt worden ist, so bitte ich ihn doch noch einmal zu constatiren, daß eine solche Verpflichtung nicht vorhanden ist.

Der Cultusminister: Die Staatsregierung ist nicht der Meinung, daß mit der Führung der Civilstandsregister andere Personen gegen ihren Willen zu betrauen sind, als die Gemeinde- und Communal-Beamten. Daß Geistliche zur Uebernahme solcher Ämter genöthigt werden können, ist niemals ausgedrückt worden, wohl aber wird die Regierung dafür Sorge tragen, daß, wenn sie einmal das Amt übernommen haben, sie auch nach allen Richtungen hin ihren Verpflichtungen nachkommen.

Abg. Frenzel: Mit den Geistlichen bringt man ein Element in das Gesetz, das naturgemäß heimlich gegen das Gesetz agirt. Bisher bestand eine unheilvolle Ehe zwischen Staat und Kirche; das erste Gesetz, welches dieselbe lösen soll, würde durch die Aufnahme des Geistlichen völlig unwirksam werden. Ich erlaube mir zur Beleuchtung der Sache ein Bild zu gebrauchen, dessen ich mich in der Versammlung meiner Wähler, die zumest Kanäle sind, bediene. Wenn einem Bauer während der Ernte ein Pferd fällt und es ist ihm unmöglich ein anderes brauchbares Thier zu erwerben, so wäre er thöricht, ein etwa zu erlangendes schlechtes Pferd zu kaufen, das schließlich das ganze Gespann verderben würde; vielmehr wird er gut thun, lieber mit dem einen Pferde, wenn auch langsam die Ernte einzubringen. Mit dem Geistlichen bringen wir das störrische Pferd in das Gespann. (Heiterkeit.) Ich werde daher entschieden dagegen stimmen und entscheide mich demgemäß für den Antrag Sauten.

Abg. v. Brauchitsch: Der Geistliche soll ja nur eine Hilfsperson neben dem eigentlichen Standesbeamten sein, gewissermaßen nur, um das Bild des Borredners festzuhalten, ein Vorspann, welcher das Gespann leichter vorwärts bringen soll. Der Antrag Sauten scheint mir nach dieser Richtung hin der beste zu sein, ich werde daher für denselben stimmen.

Abg. Windthorst (Meppen): Nachdem zu meinem Bedauern in § 1 das Princip der obligatorischen Civilehe einmal festgestellt ist, muß man dieses Princip auch consequent durchführen. Ich bin selbst überzeugt, daß man in dem größten Theil der Monarchie keine geeigneten Personen zu Standesbeamten finden wird, und ich würde es für das Beste halten, die Gerichte mit der Geschlechtsregister zu betrauen. Allein ich stelle einen solchen Antrag nicht, weil selbst die mir zustimmenden Herren ihre Anträge in die Tasche stecken, sobald ihnen der Minister nur privatim sagt, er könne sie nicht brauchen. Das Richtige wäre, erst den Antrag anzunehmen und dann zu hören, was der Minister dazu sagt. Das Institut der Civilehe muß ganz rein dastehen, damit es auch von jedem als Staats Einrichtung erkannt werde; dies wird aber verunflichtet durch die Beibehaltung der Geistlichen. Man will das Volk, das diesen Gesetzen zum großen Theil abhold ist, erst zu den subtilen Anschauungen, für die der gesunde Menschenverstand noch nicht reif ist, erziehen, ihm seine eigenen Ansichten aufzocroyren und einflößen. Der Antrag Sauten bringt wenigstens Klarheit in die Sache, darum scheint er mir der beste. Sollte derselbe aber nicht angenommen werden, so würde ich Ihnen meinen Antrag empfehlen. Derselbe will für größere Bezirke weltliche Standesbeamte, für kleinere Unterbezirke gestattet er die Geschlechtsregister auch durch Geistliche. Damit ist dem Einzelnen Freiheit gegeben, sich bei dem Standesbeamten oder dem Geistlichen trauen zu lassen, man ist nicht gezwungen, sich bei einem andersgläubigen trauen zu lassen. So wie die Majorität es bisher wollte, ist das Gesetz völlig unpopulär, und ich hoffe, daß sich die Nationalliberalen den Hals daran brechen werden. (Große Heiterkeit.) Würde ich es nicht für Unrecht halten, auch zu guten Zwecken schlechte Mittel zu gebrauchen, so würde ich für das Gesetz, wie Sie es wollen, stimmen. Wenn der Abgeordnete Miquel uns für die Ausübung des Gesetzes auf den guten Willen des Herrn Cultusminister verweist, so erwähne ich nur, daß bei der neulichen Debatte über denselben Gegenstand der Herr Cultusminister auf eine Aposiopse des Abgeordneten Miquel geschwiegen hat und ebenso auch heute; ein solches Schweigen bedeutet aber etwas; ich behaupte, daß man im Cultusministerium sich nicht einen Augenblick bedenken wird, daß zu thun, was Herr Miquel befrachtet. (Beifall im Centrum.)

In persönlicher Bemerkung vermahnt sich Abg. Reichensperger gegen die Behauptung des Abg. v. Sauten, als ob er neulich die Revolution für berechtigt erklärt habe. Vielmehr habe er nur von dem sogenannten passiven Widerstande gesprochen, den auch Stahl für zulässig erklärt hat.

Abg. v. Sauten-Tarputtschen behauptet, auch nur davon gesprochen zu haben. (Beifall im Centrum.)

Bei der Abstimmung werden die §§ 2 und 3 in der Fassung der freien Commission (Miquel und Gen.) mit der Abänderung Phipps' an drei bezüglichen Stellen angenommen; der Antrag v. Sauten-Tarputtschen zu § 3 wird in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 169 Stimmen, desgleichen der Antrag Windthorst (Meppen) mit sehr großer Majorität abgelehnt.

Der § 4 normirt die Entschädigung der Standesbeamten. Windthorst (Meppen) will, entgegen der Regierungsvorlage, die Entschädigungslast ein für allemal der Gemeinde übertragen, weil der Standesbeamte reiner Gemeindebeamter sei.

Abg. v. Brauchitsch empfiehlt einen vom Abg. v. d. Goltz gestellten Antrag, wonach dem Standesbeamten nur das Recht eingeräumt werden soll, eine Entschädigung beanspruchen zu dürfen. Es sei zu erwarten, daß viele Beamte auf eine solche Verzichtung würden. Beschwerden über die Festsetzung der Entschädigung sollen dem Antrage nach von dem zur entscheidenden Verwaltungsbehörde entschieden werden, während die Regierungsvorlage dies dem Minister des Innern überträgt.

Abg. Fiedemann empfiehlt im Sinne eines Antrages des Freiherrn v. d. Reck, die Standesbeamten überhaupt aus der Staatskasse zu bezahlen. Man wolle hier wieder die Gemeinde belasten, ohne daß dieselbe das geringste Interesse an der Sache habe oder an dem Rechte selbst theilhaftig sei.

Geb. Rath Scholz: Der Wunsch des Borredners entspricht weder den in der Rheinprovinz bestehenden Einrichtungen, noch dem Princip, daß von der Gesetzgebung nun schon in 20 Jahre festgehalten wird. Daß die Gemeinde auch an der Sache selbst theilhaftig ist, erhellt daraus, daß die Abgrenzung der Bezirke, überhaupt die ganze Einrichtung von den Gemeindebehörden vorgenommen wird. Ich bitte Sie, bei den Beschlüssen der 2. Lesung stehen zu bleiben.

§ 4 wird dem Antrage des Abg. Frenzel v. d. Goltz entsprechend in folgender Fassung angenommen: „Gemeinde- und Bezirksbeamte, welchen das Amt des Standesbeamten übertragen wird, sind berechtigt, von den zu dem Bezirke dieses Amtes gehörigen Gemeinden für ihre Vühwaltung eine Entschädigung zu beanspruchen, welche nach Anhörung der Beteiligten durch den Kreis-Ausschuß oder wo ein solch der nicht besteht, durch den Ober-Präsidenten festgesetzt wird. Beschwerden über die Festsetzung der Entschädigung unterliegen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts, beziehungsweise bis zur Einrichtung eines solchen des Ober-Präsidenten. Diese Entscheidung ist endgültig. Bestellt der Staat andere Personen als die nach § 3 zur Uebernahme des Standesamtes Verpflichteten zu Staatsbeamten, so fällt die etwa

zu gewährende Entschädigung der Staatskasse zur Last. Die sächlichen Kosten werden in allen Fällen von den Gemeinden getragen, jedoch werden die Mitglieder vom Staate kostenfrei geliefert. Die dem Standesbeamten zu gewährende Entschädigung beziehungsweise der Betrag der sächlichen Kosten sind auf die einzelnen beteiligten Gemeinden nach dem Maßstabe der Seelenzahl zu vertheilen.

Um 4 Uhr verläßt sich das Haus bis Freitag 11 Uhr. (Interpellation Biesenbach, Fortsetzung der heutigen Berathung, Provinzialordnung.)

Berlin, 15. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Justiz- und Appellationsgerichts-Rath a. D. Romayer zu Posen, dem bisherigen Director des städtischen Krankenhauses zu Königsberg i. Pr., Dr. Lange, und dem Maler Professor Steffed zu Berlin, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Pfarrer Vielhaber zu Pfahldorf, Kreis Cleve, dem Schullehrer Bender zu Langenberg, Kreis Mettmann, dem Schullehrer Koecher zu Magdeburg, dem Bildhauer A. Finger zu Berlin und dem Pachhof-Magazin-Verwalter a. D. Langsch zu Breslau den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Professor Hermann Weiß zu Berlin und dem Gräfl. Stolberg'schen Ober-Hütten-Inspector Eduard Schott zu Hlenburg, Grafschaft Bernigerode, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Gruben-Director Stolzenberg auf der Zeche Centrum bei Bochum den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem emeritirten Garnison-Schullehrer Julius Meier zu Erfurt den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der König hat den Domänenpächtern, Ober-Amtmann Jaerischky zu Kraichen und Krusche zu Rimkau, den Charakter als Amtsrath; sowie dem Zeugschmiedemeister Adolph Hübner zu Potsdam das Prädikat eines königlichen Hof-Zeugschmieds verliehen.

Dem Civil-Ingenieur und Baumeister Job. Guterlich zu Berlin, ist unter dem 11. Januar 1874 ein Patent auf eine Compensations-Prespumpe erteilt worden.

Berlin, 15. Januar. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute nach der Rückkehr von einer Ausfahrt den Vortrag des Kriegs-Ministers, General-Lieutenants von Kamete, und des Chefs des Militär-Cabinetts, General-Majors von Albedyll, entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern im Augustahospital anwesend.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] begab sich gestern Nachmittag 3 Uhr zu Sr. Majestät dem Kaiser. Um 4 Uhr empfing Höchstbersehlte den Schloßhauptmann von Dachsroeden und um 4 1/2 Uhr den Major von Plöz vom Westfälischen Ulanen-Regiment Nr. 5. Das Diner nahm Se. Kaiserliche und königliche Hoheit um 5 Uhr bei Sr. Durchlaucht dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck und erteilte um 9 1/2 Uhr dem General der Infanterie und commandirenden General des XIII. Armeekorps von Schwarzkoppen Audienz.

[Des Kaisers und Königs Majestät] haben zu der von Deutschen Reichsangehörigen in Odessa zur Erinnerung an den vorjährigen Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers Alexander II. von Rußland begründeten Stiftung für deutsche Waisentöchter christlicher Herkunft einen Beitrag von Tausend Thalern aus einem zur Disposition stehenden Reichsfond bewilligt. (Reichsanz.)

[Aus dem Vatican] wird der „Germania“ geschrieben: „Endlich hat man das bewußte Aeußere, über welches ich Ihnen schon vor mehreren Wochen berichete, in der „Rölnischen Zeitung“ vom Stapel laufen lassen. Diese constituzione papale, „Apostolicae sedis munus“ ist ein vom ersten bis zum letzten Worte erfundenes Document. Hier sind diejenigen bekannt und entlarvt, welche es anfertigten, und die, welche durch die Anfertigung getäuscht worden sind. Der Fall selbst aber giebt von der außerordentlichen Leichtfertigkeit Zeugniß, mit welcher man von Seite gewisser Behörden zu Werke geht; zu gleicher Zeit aber auch von der unverzeihlichen Kurzsichtigkeit und Unersahrenheit gewisser Personen in Sachen, von denen sie in ihrer Stellung unbedingt unterrichtet sein sollten. Es ist ein Scandal, wie ihn die Welt noch kaum erlebt hat: die von den Intriguanen angefertigte „Constitution“ ist nichts Anderes, als die auf die Gegenwart berechnete Umarbeitung einer schon seit 8 Jahrzehnten vorhandenen päpstlichen Bulle.“

Wer das glaubt, wird — nach dem Sprichworte — gewiß selig!

Düsseldorf, 12. Januar. [Regierungsrath v. Frenzel. — Kloster-Ausscheidung.] Wie man uns von gut unterrichteter Seite versichert, ist der hiesige Regierungsrath v. Frenzel (clerical) zur Disposition gestellt. — Aus derselben Quelle erfahre ich, daß die hiesigen Klöster der Franziskaner und Dominikaner in den nächsten Tagen aufgehoben werden. Es scheint, daß die Regierung bald erkennt, wo ihre Feinde sitzen, und daß sie ernstlich bestrebt ist, mit diesen staatsfeindlichen Herren nicht länger zu spaßen. (E. 3.)

Köln, 14. Januar. [Proceß gegen den Erzbischof.] Wir erwähnten in unserm Referate über die geistliche Sitzung des hgl. Justizpolizeigerichts eines Proceßes gegen den hiesigen Erzbischof Paulus Melchers, auf welchen wir näher zurückzukommen versprochen. In diesem Proceße ist in Bezug auf die Maigesetze wieder ein ganz neues, bisher noch nicht vorgekommenes Moment zu Tage getreten, wie sich dies aus folgendem ergibt: Wie schon gestern erwähnt, war der Weihbischof Dr. Baudri ebenfalls wegen geleywiedriger Anstellung eines Geistlichen angeklagt und ist derselbe dieserhalb auch verurtheilt worden. Der fragliche Geistliche war der Neopresbyter Weber in Jaderath im Regierungsbezirk Düsseldorf, der als Zeuge gegen den Weihbischof vernommen, im Wesentlichen folgendes deponirte. In Jaderath sei keine Stelle für einen zweiten Geistlichen offen gewesen, er sei vielmehr aus eigenem Antriebe als Hilfsgeistlicher dorthin gegangen, da er weder eine schriftliche noch mündliche Anstellung besessen habe; nur ein äußerlicher Anlaß sei vorhanden gewesen, daß er in Jaderath geistliche Amtshandlungen vorgenommen habe. Er habe mittelst eines Briefes von dem hiesigen General-Vicariat den Auftrag erhalten, sich in letzterem einzufinden. Diefem Auftrage sei er nachgekommen und habe ihm dort der Weihbischof Baudri mitgetheilt, er könne, wenn er wolle, nach Jaderath gehen, er brauche dies aber nicht. Der Pastor in jenem Orte sei krank gewesen und könne man seine Stelle dort als die eines Privat- oder Hilfsgeistlichen betrachten. — Herr Staatsprocurator Crome, der Vertreter des öffentlichen Ministeriums, bemerkte in seiner Begründung der Anklage, daß mit den Auslassungen dieses Zeugen jene des Weihbischofs selber jeltam contrastirten; denn letzterer habe an den Untersuchungsrichter geschrieben, er habe dem in Rede stehenden Geistlichen weder schriftlich noch mündlich das Amt eines Hilfsgeistlichen in Jaderath übertragen. Man juche jetzt, wie auch in einem früheren Proceße schon einmal erwähnt, die Maigesetze dadurch zu umgehen, daß man die jungen Geistlichen mit einem sogenannten Cura-Instrumente ausrüste und ihnen dann erlaube, hinzugehen, wohin sie wollten. Es bleibe ihm aus diesem Grunde auch nichts Anderes übrig, als wie die betreffenden Geistlichen selbst als Zeugen vorladen zu lassen. Der Weihbischof wurde dann, wie schon erwähnt, verurtheilt. In dem Proceße gegen den Erzbischof, dessen Thatbestand ganz genau derselbe war, wie in dem vorerwähnten, weigerte sich der Zeuge Vicar Esch (derselbe war in Neopresbyter hier in Köln und wurde als Vicar nach Schüller im Landgerichtsbezirke Erier verheiratet), den Zeugnissen zu leisten, überhaupt irgend eine Aussage zu machen, weil er in der vorliegenden Sache selbst interessiert sei. Herr Staatsprocurator Crome entgegnete, er müsse darauf bestehen, daß der Zeuge vernommen werde, da es sich lediglich um eine Untersuchungsfrage gegen den Erzbischof, nicht aber um eine solche gegen den Zeugen selbst handle. Letzterer könne einer eventuellen Untersuchung gegen sich selbst dadurch vorbeugen, daß er keine unbedingten Amtshandlungen vornehme. Sollte Zeuge jedoch bei seiner Weigerung beharren, so beantrage er, denselben zu einer Geldbuße von 25 Tbr. zu verurtheilen. Nach einer längeren Berathung über diesen Antrag veranlaßte der Herr Präsident des Gerichts den Zeugen wenigstens zur Ablegung des Zeugeneides und zur Beantwortung der Generalfragen. Nur als er fragte, ob Zeuge Vicar in Schüller sei, wurde die Antwort verweigert; dasselbe geschah bei der Frage, durch wen Zeuge zum Vicar ernannt worden sei. Das hieraus gefällte Urtheil, bezüglich des vorstehenden Antrages des öffentlichen Ministeriums wies denselben als unbegründet ab, und wurde demnach die Sache selbst auf unbestimmte Zeit verlagert. — Es bleibt nun abzuwarten, welchen Weg die Staatsbehörde einschlagen wird, wenn die Geistlichen — die einzigen Zeugen gegen die Bischöfe — die Zeugenaussagen verweigern. (Ab. 3.)

Karlsruhe, 13. Januar. [Diäten. — Die Rechtsverhältnisse der Altkatholiken.] Die Regierungsvorlage über die Diäten und Reisekosten der Landtagsabgeordneten bestimmt, daß mit Ausnahme der Prinzen des Großherzogl. Hauses und der Häupter der standesherrlichen Familien, die Abgeordneten der ersten und zweiten Kammer, wenn sie nicht am Orte der Stände-Versammlung ihren Wohnsitz haben, für die Dauer der Anwesenheit bei dieser letzteren und für die erforderlichen Reisetage (durch die Einberufung oder durch eine Veranlagung, Beurlaubung oder Auflösung der Stände-Versammlung veranlaßt) eine Tagesgebühr von 12 Mark oder 7 Gulden, und nebst dem den Ertrag der aufgewendeten Reisekosten erhalten. Diese Bestimmungen sollen schon für die Zeit des Beginns der gegenwärtigen Ständeversammlung in Wirksamkeit treten. — Mit dem gestern von dem Abg. Schmidt und Gen. (Bluntzschli, Kiefer u.) eingebrachten Gesetzentwurf über die Rechtsverhältnisse der Altkatholiken hat unsere Gesetzgebung zuerst in Deutschland die Regelung dieser wichtigen Angelegenheit in die Hand genommen. Der Antrag geht Art. 1 davon aus, daß „die Nichtanerkennung“ der in der päpstlichen Bulle „Pastor aeternus“ vom 18. Juli 1870 verkündeten Lehrsätze, insbesondere derjenigen von dem „unfehlbaren Lehramt“ und von der „höchsten ordentlichen und unmittelbaren Jurisdiction“ des römischen Papstes für die Katholiken des Landes keinen Verlust der ihnen als solcher zustehenden Rechte herbeiführt, daß deshalb auf sie alle bezüglich der römisch-katholischen Kirche erlassenen Staatsgesetze Anwendung finden, insbesondere den Beneficialen, Präbendaten und den übrigen Inhabern kirchlicher Ämter ohne Rücksicht auf die Nichtanerkennung dieser Dogmen der Genuß ihrer Pfründen und Einkünfte vollkommen gesichert bleibt.“ Man sieht, daß dies das Punctum saliens der Sache ist, woraus dann das Recht zur Bildung eigener kirchlicher Genossenschaften unter Genehmigung der Regierung zur Mitbenutzung der Kirchen und kirchlichen Geräthschaften folgt, wie sie die folgenden Artikel des Gesetzes regeln, und ebenso, daß, wo die Mehrheit einer Pfarrei für die Nichtanerkennung der bezeichneten Lehrsätze sich erklärt, dieselbe, wohlverwobenen Rechte der Pfründinhaber unbeschadet den Genuß und die Verwaltung des den kirchlichen Bedürfnissen gewidmeten Vermögens behält, wobei der Minderheit die Mitbenutzung der Kirche und ihrer Geräthschaften gestattet ist. (N. 3.)

Schweiz.

Bern, 11. Januar. [Msr. de Panelli.] Der kirchliche Würdenträger, welcher in der Kirche St. Germain zu Genf Messe gelesen, ist, so schreibt man der „N. 3.“, Msr. Dominicus de Panelli, Erzbischof in partibus von Lybda in Palästina. Derselbe hat schon seit längerer Zeit die im Canton Genf und in der Schweiz überhaupt sich vollziehende Reform in der katholischen Kirche mit großer Theilnahme verfolgt und ist jetzt, indem er sich dem P. Hyacinth gänzlich zur Disposition gestellt, fest entschlossen, sich demselben anzuschließen. Msr. de Panelli, theilt man dem „N. 3. de Gen.“ mit, ist in der römischen Kirche geboren, in seiner Jugend lebte er sogar am Hofe des Vaticans und folgte Pio Nono von Rom nach Gaeta. Wenn er ihm auch treu im Unglück war, konnte er es ihm doch nicht in seinen Irthümern und Annahmen sein. Er hatte sie in Rom in nächster Nähe kennen lernen; unter anderen Formen fand er sie wieder im Orient, wo er sich einige Jahre bei Msr. Rivello, Erzbischof von Doria, und bei Msr. Valera, dem lateinischen Patriarchen von Jerusalem, aufhielt. In letzterer Stadt suchte er eine Zuflucht in der griechischen Kirche, welche die römischen Theologen mit dem Titel die „schismatische“ belegt haben, ohne daß sie es bis zum vaticanischen Concil gewagt hätten, sie auch die „ketzerische“ zu nennen. In dieser alten Kirche, welche nach dem Gehändniß Aller in ihrem Episcopat die apostolische Nachfolge erhalten hat, wurde Msr. de Panelli zum Erzbischof von Lybda geweiht. In dieser Eigenschaft predigte er mehrere Jahre zu Jerusalem an den heiligen Orten. Erfahrung und Nachdenken belehrten ihn jedoch, daß er, als er die abendländische Kirche verlassen, sich getäuscht habe und er kehrte in Gesellschaft des Msr. Benjamin Cusebides, Erzbischofs von Neapolis, seines Weihbischofs, welcher auf dem vaticanischen Concil zu den Segnern des Unfehlbarkeitsdogmas gehörte, in dieselbe zurück. In Folge seiner liberalen Ideen war Msr. de Panelli seither fortwährend harnäckigen Verfolgungen ausgesetzt, welche ihn sogar in die Gefängnisse der Inquisition führten. Krank für das ganze Leben, wurde er aus denselben entlassen. Seine Gesundheit konnte man ihm rauben, aber nicht seine liberale Ueberzeugung.

[Aus Bonfol.] Die telegraphische Depesche in den deutschen Blättern, welche von zu Bonfol im Jura ausgebrochenen Unruhestörungen zu berichten wußte, in deren Folge dieser Ort militärisch besetzt worden sei, beruht auf Uebertreibung. Man hat allerdings 50 Mann Infanterie dorthin gelegt, aber nur zum Schutze der liberalgesinnten Einwohner auf gewisse Oventualitäten hin, welche in diesem hart an der französischen Grenze gelegenen Orte leicht vorkommen können.

Spanien.

Madrid. [General Pavia], der bekanntlich am 3. Januar die Action gegen die Cortes begann, ist gegenwärtig der Löwe des Tages. Derselbe commandirte im vorigen Winter die Nordarmee und war noch unter Amadeo. Einige Bemerkungen erregte damals sein emphatischer Ausruf an seine „Brüder“, die Basken und Araber, der in ziemlich originellen Wendungen verfaßt war. — Der General ist etwa 40 Jahre alt, aber seine Haltung, sein Ton und seine Manieren lassen auf dieses Alter keineswegs schließen; vielmehr möchte man ihn hiernach für jünger halten. Er ist ein in militärischen Dingen wohlworbender Mann, der seine Bildung auf der Kriegsschule von Segovia erlangt hat. Unter General Prim wurde er bei dessen bekanntem Gewaltstreik gegen die Regierung der Isabella damit beauftragt, den jetzigen Kriegsminister Zabala zu verfolgen. — Eine andere „That“ hat er während seiner früheren Carriere nicht aufzuweisen. — Bei seinen Untergebenen ist er sehr beliebt, weil er sich mit großem Geschick populär zu machen verstanden und es mit den Soldaten gut meint. — In dem Kriege gegen die Cantonalen hat er namentlich bei der Niederwerfung der Volksaufstände in Sevilla, Cordoba, Cabiz und Granada Hervorragendes geleistet und bewiesen, daß er ein Mann von Energie und Muth sei. Man wollte ihn zur Belohnung dafür zum General-Lieutenant avanciren lassen. Allein er lehnte diese Auszeichnung so lange ab, als nicht auch seine Truppen für ihren Antheil an den Erfolgen die verdiente Belohnung erhalten hatten. — Während es in der Regel bei Staatsstreichen und ähnlichen Akten und Vorfällen förmlich zu regnen pflegt, soll Pavia im vorliegenden Falle weber für sich noch für seine Truppen eine Auszeichnung erhalten haben, weil er dazwischen nicht verlangte. — Daß er aber ganz ohne Anerkennung irgendwelcher Art in dieser Sache bleiben sollte, will uns doch nicht recht wahrscheinlich vorkommen. Später wird sich für ihn jedenfalls eine Rangeshöhung der eine andere Auszeichnung ausfindig machen lassen. Allerdings ist es schon anzuerkennen, daß er aus seiner Beihilfe zur Verjagung der parlamentarischen Rebellen kein Geschäft gemacht hat, da man gewohnt ist, in Spanien alles für Geld, aber nichts ohne solches vollbracht zu sehen.

Großbritannien.

E. C. London, 12. Jan. [Die anglo-indische Gesandtschaft an den Atalik Ghaji] ist, wie bereits telegraphisch mitgetheilt wurde, nach einem sehr schwierigen Uebergang durch die Himalayapässe am 8. November in Yartad eingetroffen. Die letzte Station war die volkreiche Stadt Kargalit, ein großer, wohlhabender, reichlicher Ort, dessen Restaurants die englischen Officiere an Europa erinnerten. Die Europäer der Gesandtschaft gingen allenthalben frei und ungehindert umher und wurden mit größter Aufmerksamkeit behandelt. Zu Lebden hätten sie nur von der wahrhaft erblühenden Gaffreumtschaft des Atalik Ghaji. Von Kargalit nach Bosgam jag sich der Weg durch eine fruchtbare, gut bevölkerte und von dem Fluße Tisnet bespülte Ebene. Weitere zehn Meilen über Bosgam hinaus wurde

die Mission mit großem Ceremoniel und dem unvermeidlichen Mahle von dem Sohne dem Gouverneur von Yarkand empfangen. Nach Tische schlüpfte das ganze Personal der Gesandtschaft in seine amtlichen Uniformen und feste sich zu Pferde, um die noch übrigen fünf Meilen bis Yarkand zurückzulegen. Hinter der Gesandtschaft folgte der Gefolge des Alkali Ghafi mit seinem zahlreichen Gefolge. Saufen von Bürgern begrüßten am Wege den englischen Gesandten, Herrn Forsyth, und schlossen sich dem Zuge an. Man trabte durch die Stadt durch eine wohlgeleitete Bevölkerung der verschiedensten Rassen hin, bei der übrigens die Häufigkeit des Kropfes auffiel, und erreichte auf der anderen Seite das Fort Yangiush, welches der Gesandtschaft als Residenz angewiesen worden war. Tags darauf empfing der Gouverneur Mahomed Yunus Khan die Gesandtschaft in seinem großen chinesisch ausgestatteten Audienzsaale, der den jüngeren Engländern als ein begehrenswerther Ballsaal erschien. Mitte November sollte die Gesandtschaft nach Kaschgar aufbrechen. Es wurde mittlerweile die totale Mondfinsternis mit großem Interesse beobachtet. Die Eingeborenen schienen sich um dieselbe wenig zu kümmern und gingen ruhig zu Bette.

[Ueber die Ausichten von Bengalen wird der „Times“ vom 11. Januar aus Kalkutta telegraphirt: Regen ist dringend in Behar und Benares nöthig. Die Noth ist groß. — Das Steueramt von Süd-Wirzapore erklärt, daß dringende Noth nicht allgemein befürchtet wird, dagegen theilweise Leiden unvermeidlich sind. Die Saaten blühen vorzeitig. Im Bendisch sind die Ausichten gut. Auch braucht mehr Regen. — Sir George Campbell ist eifrig mit der Berechnung der noch nöthigen Importe für Bengalen beschäftigt. Einige Districte von Burdwan, Hughly-Nuddea und Santhala leiden bereits. Export über See lebhaft.

[Wahlen.] Für den westlichen Bezirk der Grafschaft Somerset wurde am Sonnabend der conservative Major Vaughan Lee zum Parlamentsmitglied gewählt, als Nachfolger seines verstorbenen Parteigenossen Gore-Langton. Der bloße Vorschlag genügte, da ein Nebenbuhler nicht aufgetreten war. Am gleichen Tage vollzog sich in Newcastle die offizielle Aufstellung der Candidaten zu der am Mittwoch anberaumten Wahl, conservativerseits Charles Hamond, liberalerseits Joseph Cowen.

Offizielle Resultate der Reichstagswahlen.

Königreich Baiern, Niederbaiern. 4. Wahlkr. (Pfarrkirchen). Defonom Winkelhofer (ultram.) — 2. Wahlkreis (Straubing). Graf von Preising (ultram.)
Herzogth. Sachsen-Meiningen. 2. Kreis (Saalfeld). Dr. Vasker in Berlin (nat.-liberal.)
Reg.-Bez. Frankfurt. 5. Kreis (Drossen). von Waldau-Reisenstein (neu-conserv.)
Reg.-Bez. Erfurt. 3. Kreis (Langensalza). Dr. Friedenthal-Giesmansdorf (deutsche Reichsp.)
Reg.-Bez. Kassel. 3. Kreis (Frislar). Dr. Wehrenpennig in Berlin (nat.-liberal.)
Königreich Baiern, Rheinpfalz. 5. Kreis (Homburg). Dr. Vuhl in Weidenseeheim (nat.-liberal.)
Reg.-Bez. Marienwerder. 8. Kreis. Engere Wahl zwischen Gutsbesitzer Bredow (Centrum) und Rittergutsbesitzer Lebr (nat.-liberal). Ersterer 3253, Letzterer 3169 St., Graf Stollberg (conf.) 2298 St.
Reg.-Bez. Marienwerder. 5. Kreis (Schweb). Gutsbesitzer v. Parzewski (Pole).
Hannover. 6. Kreis (Verden) Vollmeier, Precht, Gübbes (nationalliberal). Hannover. 12. Kreis (Göttingen). Gutsbesitzer von Adeleben (Partikularist).
Reg.-Bez. Potsdam. 8. Kreis (Westhavelland). Engere Wahl zwischen Stadtrath Hausmann in Brandenburg (Fortschritt) und Schwedewick (Socialdemokrat) Berlin, Ersterer erhielt 3342, Letzterer 2900 Stimmen. von Kleist-Sonau (Neuconservativ) 2593 St.
Großherzogthum Baden. (Mühlheim). Markus Pfleger in Lörrach (nationalliberal.)
Reg.-Bez. Trier. 3. Kreis. Majunke (Centrum).
Reg.-Bez. Trier. 1. Wahlkr. (Bittsburg). Graf Cajus-Stolberg (ultram.)
Reg.-Bez. Köln. 1. Wahlkr. (Köln). Landgerichtsrath Großmann (ultr.)
Reg.-Bez. Straßburg. 1. Wahlkreis (Straßburg). v. Behr-Schmalobow (deutsche Reichspartei).
Reg.-Bez. Frankfurt a. D. 2. Wahlkr. (Landsberg a. W.). Geh. Admiralsitätsrath a. D. Jakob (nat.-lib.)
Prov. Hannover. 9. Wahlkr. (Hameln). Dr. N. Brande (nat.-lib.)
Prov. Hannover. 13. Wahlkreis (Harz). Graf Stolberg-Wernigerode (deutsche Reichspartei).
Prov. Hannover. 1. Wahlkr. (Emden. v. Freden (nat.-lib.)
Königreich Baiern, Mittelfranken. 5. Wahlkreis (Dinkelsbühl). Otto Erhard (nat.-lib.)
Großherzogthum Hessen. 6. Wahlkr. (Bensheim). Rentier Georg Martin (national-liberal).
Königreich Württemberg. 9. Wahlkreis (Rottweil). Färber Schwarz (Demokrat).
Reg.-Bez. Köln. 3. Wahlkr. (Enskirchen). Dr. Rudolfs (ultram.)
Reg.-Bez. Coblenz. 1. Wahlkr. (Altentuchen). Justizrathspräsident von Benachem (liberale Reichspartei).
Reg.-Bez. Aachen. 3. Wahlkr. (Aachen). Baudri (ultramontan).
Königreich Sachsen. 23. Wahlkr. (Blauen). Engere Wahl zwischen Krause (nationalliberal) und Seiler (conservativ).
Freie Stadt Lübeck. Dr. Klingemann (nat.-lib.).
Großherzogthum Baden. 9. Wahlkr. (Durlach). Carl Friedrich (nat.-lib.).
Reg.-Bez. Marienwerder. 7. Wahlkr. (Flatow). Regierungspräsident von Culenburg (neutonjerv.).
Reg.-Bez. Posen. 7. Wahlkr. (Schroda). Rittergutsbesitzer v. Rogalinski (Pole).
Herzogthum Coburg-Gotha. 1. Wahlkr. (Coburg). Dr. May Weber (nat.-lib.).
Reg.-Bez. Magdeburg. 2. Kreis (Osterburg). Landes-Deconomie-Rath Dr. Thiel (nat.-lib.).
Reg.-Bez. Cassel. 6. Kreis (Hersfeldt). Rechtsanwält Gleim in Rothenburg (nat.-lib.).
Herzogthum Lauenburg. Geh. Rath Krieger in Schwerin (nat.-lib.).
Reg.-Bez. Minden. 2. Kreis (Hersfort). Landrath von Borries (nat.-lib.).
Königreich Württemberg. 10. Wahlkr. (Vohr). Staatsrath Sarwey (deutsche Reichspartei).
Provinz Schleswig-Holstein. 7. Wahlkr. (Kiel). Engere Wahl zwischen Prof. Hänel (Fortschr.) und Hartmann (Soe.-Demokr.).
Provinz Schleswig-Holstein. 4. Wahlkr. (Londern). Dr. Wachs (nat.-lib.).
Reg.-Bezirk Frankfurt a. D. 4. Wahlkreis (Frankfurt). Präsident Dr. Simon.
Reg.-Bez. Marienwerder. 6. Wahlkreis (Königs). Dr. Dominoski (Pole).
Reg.-Bez. Coblenz. 6. Wahlkreis (Cochem). v. Grand-My (ultramontan).
Herzogthum Braunschweig. 3. Wahlkreis (Gandersheim). Händeldirector Koch (nat.-lib.).
Königreich Baiern, Unterfranken und Oberrhein. 6. Wahlkr. (Würzburg). Frhr. von und zu Rhein (ultram.)
Reg.-Bez. Königsberg. 1. Wahlkreis (Memel). Engere Wahl zwischen Feldmarschall Wolke (reichsfreundlich) und Ruß (Fortschr.).
Reg.-Bezirk Minden. 5. Wahlkreis (Warburg-Hörter). Freiherr von Weebitz (ultramontan).
Reg.-Bez. Münster. 3. Wahlkreis (Vorden-Necklinghausen). Frhr. May zu Landsberg (ultram.)
Reg.-Bez. Frankfurt a. D. 9. Wahlkreis (Cottbus-Spremberg). Engere Wahl zwischen Dr. Schacht (nat.-lib.) und Dr. Rötter (conserv.)
Großherzogthum Oldenburg. 2. Wahlkreis (Varel). Ober-Gerichtsrath Becker (nat.-lib.).
Königreich Baiern, Schwaben-Neuburg. 6. Wahlkreis (Zinnenstadt). Dr. Joseph Böck (nationalliberal).
Königreich Baiern, Mittelfranken. 3. Wahlkreis (Ansbach). Engere Wahl am 24. d. zwischen Dr. Thomas und Galmirch Föderer (beide liberal).
Königreich Baiern, Oberbaiern. 7. Wahlkr. (Rosenheim). Franz Köllerer (ultramontan).
Königreich Baiern, Schwaben-Neuburg. 3. Wahlkr. (Dillingen). Rudolf Weiß (ultramontan).
Reg.-Bez. Gumbinnen. 4. Wahlkr. (Goldap). Ludolf Parisius (Fortschr.).
Königreich Baiern (Unterfranken). 3. Wahlkreis (Lahr). Freiherr von Frankenstein (ultram.).
Großherzogthum Weimar. 2. Wahlkreis (Eisenach). Rechtsanwält Sommer (nat.-lib.).
Königreich Baiern (Oberpfalz, Regensburg). 1. Wahlkreis (Regensburg). Johann Brühl (ultram.).
Königreich Baiern, Niederbaiern. 1. Kreis (Landsbut). Frhr. v. Dv (Centrum).

Königreich Baiern, Oberbaiern. 6. Kreis (Weilheim). Erzprießer von Müller in München (Centrum).
Königreich Baiern, Schwaben. 5. Kreis (Kaufbeuren). Prof. Nerle in Dillingen (Centrum).
Königreich Baiern, Oberbaiern. 5. Kreis (Wasserburg). Frhr. v. Soden (Centrum).
Großherzogthum Hessen. 5. Kreis (Dieburg). Advocat Dernburg (national-liberal).
Reg.-Bezirk Danzig. 1. Kreis. (Elbing). Engere Wahl zwischen Rentier Geymar (nat.-lib.) und Oberreg.-Rath von Brauchisch in Köslin (conserv.)
Königreich Württemberg. 7. Wahlkreis. (Calw). Commerzienrath Cebalier (nat.-lib.).
Königreich Württemberg. 3. Wahlkreis. (Heilbronn). Commerzienrath Mayer (nat.-lib.).
Reg.-Bez. Merseburg. 7. Kreis. (Querfurt). Rechtsanwält Wösel (nat.-lib.).
Königreich Sachsen. 13. Kreis. (Leipzig). Engere Wahl zwischen Dr. Johann Jacoby und Dr. Heine (conserv.).
Reg.-Bezirk Kassel. 8. Kreis. (Hanau). Advokat Weigel in Kassel (national-liberal).
Regierungs-Bezirk Potsdam. 2. Kreis. (Döbriehnis). Engere Wahl zwischen Rechtsanwält Rasche in Wittstod (national-liberal) und Ober-Tribunalsrath von Grävenitz. Ersterer erhielt 3458, Letzterer 3312 Stimmen.
Reg.-Bez. Köslin. 2. Wahlkr. (Bütow-Kummelsburg). Engere Wahl zwischen v. Buttammer (conserv.) und Geh. Ober-Regierungs-Rath a. D. Kieske in Berlin (nat.-lib.).
Reg.-Bez. Erfurt. 1. Wahlkr. (Nordhausen). Stadtrath Jäger (nat.-lib.).
Reg.-Bez. Gumbinnen. 7. Wahlkr. (Ortelburg). v. Hoberbeck (Fortschr.).
Reg.-Bez. Gumbinnen. 6. Wahlkreis (Oletho-Opf.). Reg.-Präsident von Buttammer (conserv.).
Königreich Baiern, Pfalz. 3. Wahlkr. (Germersheim). Bezirksamtman Späth (nat.-lib.).
Königreich Sachsen. 4. Wahlkreis (Dresden rechts der Elbe). Generalstaatsanw. Schwarze (deutsche Reichspartei).
Provinz Hannover. 7. Wahlkreis (Nienburg). Landdrost a. D. Nieper (Partikularist).
Reg.-Bezirk Trier. 4. Wahlkreis (Trier-Merzig). Rentner Haanen (ultramontan).
Herzogthum Sachsen-Meiningen. 1. Wahlkreis (Meiningen). Regierungsrath Kirchner (nationalliberal).
Königreich Sachsen. 20. Wahlbezirk (Lengefeld). Dr. C. Brodhaus (nationalliberal).
Fürstenthum Schaumburg-Lippe. Bergath a. D. Frhr. Franz v. Düder (nationalliberal).
Königreich Baiern (Unterfranken). 5. Wahlkreis (Schweinfurt). Georg Baug (ultramontan).
Großherzogthum Oldenburg. 1. Wahlkr. (Birkerfeld). Ober-Appellationsgerichtsrath Hüllmann (nat.-lib.).
Großherzogthum Weimar. 1. Wahlkr. (Weimar). v. Bojanowski (national-liberal).
Reg.-Bez. Potsdam. 10. Wahlkr. (Teltow-Beeskow-Starkow). Engere Wahl zwischen Rittergutsbesitzer Kiepert (nat.-lib.), 4842 St., und Rittergutsbesitzer Steinhausen (neu-cons.), 3066 St., erforderlich.
Königreich Baiern, Oberfranken. 1. Wahlkr. (Hof). Gewählt Bankdirector F. v. Schaub (lib.).
Königreich Württemberg. 11. Wahlkr. (Badnang-Hall). Obertribunalsrath Weber in Stuttgart (nat.-lib.).
Großherzogthum Baden. 5. Wahlkr. (Freiburg). Fabrikant Paul Tritschler (nat.-lib.) wiedergewählt.
Herzogthum Braunschweig. 2. Wahlkr. (Helmstedt-Wolfenbüttel). Advokat-Anwalt Wbesen (nat.-lib.) gegen Brade (Socialdemokrat).
Reg.-Bez. Frankfurt a. D. 1. Wahlkr. (Arnswalde-Friedeberg). Engere Wahl zwischen Rentier Alexander Damm in Berlin (liberal) und Stadtrichter Wilmans daselbst (conf.). 10. Wahlkr. (Kalan-Ludau). Engere Wahl erforderlich.
König. Baiern, Rheinpfalz. 2. Wahlkr. (Laudau). Gutsbesitzer Jordan in Weidenseeheim (nat.-lib.).
Fürstenthum Waldeck. Oberbürgermeister a. D. Miquel in Berlin (nat.-lib.).
König. Baiern, Niederbaiern. 3. Wahlkr. (Passau). Appell.-Rath Dr. Kräger (Centrum).
Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen. Justizrath Valentin (nat.-lib.).
Reg.-Bez. Danzig. 2. Wahlkr. (Kreis Danzig). Engere Wahl zwischen Pfarrer Mühl (ultramontan), 3634 St. und Landshafis-Director Sugemin (nat.-lib.), 3502 St. 3. Wahlkr. (Stadt Danzig). Stadtrath Heint. Riedert (nat.-lib.).
Reg.-Bez. Königsberg i. Pr. 8. Wahlkr. (Osterode). Gutsbesitzer Donat (Fortschr.).
Reg.-Bez. Kassel. 5. Wahlkr. (Marburg). Engere Wahl zwischen Justizrath Dr. Grimm (conserv.) und Rechtsanwält Jenter (nat.-lib.), erhielten beide 2958 Stimmen.
Königreich Sachsen. 9. Wahlkr. (Freiberg). August Geib (Socialdemokr.).
Königreich Baiern, Mittelfranken. 6. Wahlkr. (Rothenburg). Dr. Pabst (nat.-lib.).
Prov. Schleswig-Holstein. 4. Wahlkr. (Londern). Von 10,549 abgegebenen Stimmen erhielten Dr. Wachs (nat.-lib.) 5063, Krüger (Bestoft) 2261 und Graf Vandiffin 1779. Dr. Wachs ist somit nicht (wie gemeldet) gewählt, sondern zwischen ihm und Krüger engere Wahl erforderlich.
Großherzogthum Baden. 2. Wahlkr. (Willingen). Geh. Rath Robert von Mohl in Karlsruhe (nat.-lib.).
Reg.-Bez. Kassel. 4. Wahlkr. (Schwege). Dr. Harnier (nat.-lib.) gewählt.
Königreich Sachsen. 14. Wahlkr. (Borna). Engere Wahl zwischen Amtshauptmann von Kömmerich (conf.) und Buchhändler Zint (Socialdemokrat).
Reg.-Bez. Kassel. 7. Wahlkreis. (Schlichtern). Gutsbesitzer Herrlein (ultramontan).
Reg.-Bez. Stettin. 6. Wahlkr. (Raugardt-Regenwalde). Rittergutsbes. Flügge-Sped (deutsche Reichspartei).
Reg.-Bez. Königsberg i. Pr. 10. Wahlkr. (Rastenburg). Engere Wahl zwischen Graf Stolberg Dohostadt (conf.) und Rittergutsbesitzer Neumann (nat.-liberal).
Königreich Baiern, Oberfranken. 2. Wahlkreis. (Bayreuth) Advokat Stenglein (lib.).
Provinz Schleswig-Holstein. 9. Wahlkreis. (Segeberg). Cigarrenmacher Reimers (Socialdemokrat).
Reg.-Bez. Köslin. 5. Wahlkreis. (Neu-Stettin). Engere Wahl zwischen v. Arnim-Heinrichsdorf (conf.) und Prof. Dierick (lib.).
Königreich Baiern, Unterfranken. 4. Wahlkr. (Neustadt a. S.). Frhr. v. Habermann (ultram.).
Reg.-Bez. Arnberg. 6. Wahlkr. (Dortmund). Fabrikant Berger (Fortschr.).
Reg.-Bez. Altschl. 1. Wahlkr. (Schleiden-Montjoie-Malmedy). Rentier Heinrich Franzen (ultram.).
König. Baiern, Oberpfalz. 2. Wahlkr. (Amberg). Pfarrer Anton Ruzhourn (ultram.).
König. Baiern, Oberbaiern. 3. Wahlkr. (Mischach). Domcapitular Dr. Anton Schmidt (ultram.).
Reg.-Bez. Magdeburg. 3. Wahlkr. (Serichow I. und II.). Oberpräsident a. D. v. Bonin (allliberal) erhielt von 10,681 abgegebenen Stimmen 5139, Generalfeldmarschall Graf Moltke (conserv.) 3460. Ersterer ist daher nicht gewählt, sondern eine engere Wahl erforderlich.

Provinzial-Beitung.

** Breslau, 16. Januar. [Engere Wahl.] Im Wahlkreise Glogau ist der Termin zur engeren Wahl zwischen dem Grafen Rittberg und dem Justizrath Dr. Braun auf Sonnabend den 24. Januar festgesetzt.
[Jagd-Resultate aus dem Kreise Namslau vom 7. bis incl. 14. Januar.] Bei der am 7. Januar von dem Grafen G. v. Hentdel-Dommersmard in Raulwitz abgehaltenen Treibjagd schossen 9 Schützen in 2 Feld- und einem Waldtriede 35 Hasen, 5 Rebhühner und 687 Hasen. Jagdkönig war Graf Praschna auf Follenberg mit 9 Hasen, 1 Rebhühner, 115 Hasen. Bei der am 8. d. in Grambschütz abgehaltenen Jagd wurden von denselben Schützen des vorhergehenden Tages erlegt 270 Hasen, mehrere Rebhühner. In Ebersdorf, der Herr v. Garnier gehörig, wurden am 12. d. geschossen 382 Hasen, mehrere Rebhühner. Am 13. d. im hiesigen Stadtfors: 190 Hasen, 4 Rebhühner. Am 14. d. in Buchelsdorf, dem Herrn Lieutenant Willert-Giesdorf gehörig, wurden in 6 Feldtrieben erlegt: 365 Hasen, 1 Rebhühner.
© Bunzlau, 13. Januar. [Kirchenwahlen.] Am vorigen Sonntage ist erst das endgültige Resultat der Kirchenwahlen für die hiesige evangelische

Gemeinde verkündet worden. Danach sind gewählt 1) in den Gemeindefürsorge: Rathsherr Gotthardt, Sanitätsrath Dr. Gurke, Bildhauer Fährchen (Groß-Krausche), Inspector Heidrich (Rothlach), Kreisgerichtsrath Kiewewalter, Oberlehrer Kunth, Rector Menzel, Baugewerksbesitzer H. Scholz (Looswitz), Kaufmann Schüller, Tuchfabrikant Walter und Rathsherr Wendischer; 2) in die Gemeindevertretung: Kaufmann Anders, Gymnasialdirector Dr. Veiert, Rathsherr Bethle, Buchbinder Geisler sen., Vorwerksbesitzer Heiber, Rentant Selbing, Rentant Körnig, Buchhändler Kreuschmer, Fabrikdirector Küttner, Kaufmann Lepper, Institutsvorsteher Matthäi, Kaufmann Patrunky, Uhrmacher Pils, Waisenhauslehrer Rudolph, Kammerer Salomon, Goldarbeiter Sanftleben, Kreisbaumeister Schiller, Kreisgerichtsrath Schmieber, Kaufmann Schunke, Vorwerksbesitzer A. Seidel, Rechnungsrath Sommer, Gymnasiallehrer Dr. v. d. Velde, Budorferbesitzer Voigt, Lehrer Weinkecht, Schornsteinfegermeister Winkler, Niemermeister Winde, Vorwerksbesitzer Woy, Gerichtsschösz Altmann (Uttig), Schulvorsteher Altman (Klein-Krausche), Maurerpolier Hübner (Ebersdorf), Gerichtsmann Ludwig (Uttig), Gerichtsschösz Richter (Groß-Krausche), Gerichtsschösz Seidel (Looswitz), Gutsbesitzer Theuerlauf (Neu-Jäschwitz), Gutsbesitzer Weidner (Neu-Jäschwitz), Gärtner Gottl. Niesel (Looswitz). Von den in den Gemeindefürsorge gewählten haben 3) von den Mitgliedern der Gemeindevertretung 15 den vor einigen Monaten den hier aus veröffentlichten Protest gegen die bekannte Negirter Pastorenklärung unterschrieben; wenn wir dies erwähnen, so wollen wir damit durchaus nicht sagen, daß unter den Lebigen die freimüthige und tolerante religiöse Richtung nicht vertreten wäre; im Gegentheil huldigt derselben unseres Wissens die überwiegende Mehrzahl, und es kann besonders als ein erfreuliches Zeichen von dem Geiste, der in Bunzlau herrscht, gelten, daß eine gewisse Partei, die an einzelnen der in der Vorversammlung vorgeschlagenen Candidaten den nöthigen Grad von „Kirchlichkeit“ vermisst und deshalb im Geheimen gegen sie agitirt hatte, damit nicht den geringsten Erfolg erzielt hat.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 14. Januar. Im „Glatzer Kreisblatt“ macht Herr Landrath Freiber von Seherr-Tschob bekannt, daß nunmehr die Bildung der Amtsbezirke für den Kreis Glatz auch durch den Herrn Minister des Innern erfolgt ist. Indem er das betreffende Tableau publicirt und zugleich die Bestimmungen der §§ 133—166 der Kreisordnung vom 13. December 1872 wörtlich zur öffentlichen Kenntniß bringt, fordert er dabei die Kreisbewohner auf, sich mit denselben vertraut zu machen und die vorgeschriebenen Formen vorkommenden Falls um so mehr genau zu beachten, als nach § 6 des Regulativs zur Ordnung des Geschäftsganges bei den Kreisämtern überall da, wo die Parteien unterlassen sollten, Duplikate der Klageschriften, Bescherden und sonstigen Schriftstücke einzureichen, die Anfertigung derselben auf ihre Kosten erfolgen müßte. — Aus dem pro 1873 bei der Kreis-Communal-Rasse verbliebenen Bestande zur Unterstützung der Veteranen von 1813 14 aus Kreisfonds und Seitens des Herrn Landraths im Kreise Glatz 46 Veteranen je 3 Thlr. und 1 Veteran 4 Thlr. bewilligt worden. — Im Bereiche der Glatzer Landgemeinden-Feuer-Societät haben im 2. Semester 1873 folgende Brände stattgefunden: a. im Kreise Glatz, in Neuhauze, Gr.-Georgsdorf, Eiersdorf und Königshaus; b. im Kreise Neurode, in Ludwigsdorf, Falkenberg (2 Stellen) und Mittelsteine; c. im Kreise Habelschwerdt, in Marienthal, Blomnitz (5 Stellen), Neuwaldersdorf, Beuder, Glaserndorf und Ebersdorf. Diese Brände sind zusammen mit 10,361 Thlr. 25 Sgr. zu bonificiren. Zur Deckung dieses Betrages und der laufenden Verwaltungskosten haben die Direction und Ausschuss der Glatzer Landgemeinden-Feuer-Societät die Auszahlung eines vierfachen Betrages (oder 40 Pfennige pro 100 Thlr. Versicherungssumme) beschlossen. — Aus dem vom Magistrat der Stadt Glatz zur öffentlichen Kenntniß gebrachten „Summarischen Berichte des Herrn Dr. Kusche über die Krankenpflege im Krankenhaus und in der ambulanten ärztlichen Armenpraxis zu Glatz im Jahre 1873“ entnehmen wir Folgendes: Im Krankenhaus wurden im vorigen Jahre 297 Kranke behandelt und verpflegt. Von diesen gingen ab: mit dem Tode 53, nach Leubus 1, nach Bunzlau 2, in das Siechhaus 2, geheilt 214, im Ganzen 272 Personen. Es blieben daher in Pflege 25 Kranke. Sämmtliche 297 Kranke haben im Ganzen 10,065 Verpflegungstage genossen. Von den mit Tode abgegangenen Kranken haben geflitten: an Cholera 17, an Schwindfucht 15, an Wasserfucht 7, an Schlagfluß 3, an Krebs 3, an Altersschwäche 1, an Typhus 2, an Bauchfellentzündung 2, an Lungenentzündung 1, an Gehirnkrämpfen 1 und an Bruch der Wirbelsäule 1. Außer der vollständigen Pflege und Deconomie im Krankenhaus, wobei 405 Nachtwachen inbegriffen sind, haben die barmherzigen Schwestern 58 Kranke in der Stadt gepflegt und dabei 521 Pflegeheute gemacht, 62 ganze Tage gepflegt und 275 Nachtwachen geleistet. Freie ärztliche Behandlung und Arzneien haben 344 Personen, theils im Ordinationszimmer des Krankenhauses, zum größten Theil aber in ihren Wohnungen erhalten.

[Notizen aus der Provinz.] * Hoppersherda. Seit einiger Zeit wurden auf eine unerklärliche Weise die Ladentassen von mehreren der hiesigen Kaufleute bestohlen. Wer die Thäter waren, blieb ein Geheimniß, bis sich dieselben durch auffallende Ausgaben selbst verdingigten. Sie waren frech genug, sich in öffentlichen Cafes Brod und andere Getränke zu bestellen, versuchten auch, bei dem hiesigen Uhrmacher Herrn Sadant eine Uhr anzukaufen. Dies gab den ersten Anhaltspunkt für den Veracht, und als erst dieser genommen war, wurde durch die Schüler das ganze Complot dargelegt. Mehrere Schulknaben, welche theils die Diebstähle ausführten, theils Wache hielten, sind als Mitglieder einer organisirten Diebesbande ermittelt; ob und wie weit die Eltern theilhaftig sind, muß der Fortgang des eingeleiteten Verfahrens ergeben.

+ Natibor. Ein Langfinger, der sich eine gründliche Anbeiterung angeeignet und einen Balken annectirt hatte, feuchte mit demselben schwerfällig die Strafe einher, bis ihn endlich die Kräfte verließen und er zusammenstürzte. Alle Anstrengungen, sich unter dem Balken hervor zu winden, waren erfolglos, so daß er als sein eigener Gefangener einem Polizeibeamten in die Hände fiel und in sicherem Gewahrsam gebracht wurde.

* Hultschin. Die Arbeitslosigkeit hat Verbrechen jeglicher Art im Gefolge, insbesondere in dem benachbarten österrreichischen Gruben-Revier Dittrau. Ein Bauer begegnet in der Nähe von Dittrau zwei als Frauen verkleideten Wegegängerinnen, welche den Hülfe fallen und ihn zu herabnehmen beflüchten; der Angegriffene machte aber von seiner Schutzwaffe Gebrauch, worauf die Räuber entflohen. — In einem anderen Falle begegnete einem jungen 19jährigen Mädchen zwischen Dittrau und Neuborf zwei Straßensänger, welche das Mädchen ihrer Sachen berauben und nur auf inständiges Bitten demselben meingens das Leben schenken. Weineid geht sie ihres Weges und begegnet zwei anscheinend anständigen Herren, denen sie ihr Leid klagt, und die Frage, ob sie die Diebe erkennen würde, bejaht; in Folge dessen erbielten sich dieselben, ihr zur Nachsorgung der Uebelthäter behilflich zu sein. In einem nahe gelegenen Wäldchen gaben sie aber ein Signal mit einer Pfeife, worauf ihre Complicen erschienen, dem Mädchen die Augen austachen und sie an einen Baum knüpfen, damit sie nicht Verath läßt. Den preußischen Arbeiter ist von ihren Vorgesetzten angethan worden, niemals bereinstigt ihre Wanderungen nach und von Hause zu unternehmen, weil sie sonst sehr leicht von den ihnen ohnehin gefälligen österrreichischen Arbeitern angefallen werden können; deshalb gehen solche immer in Gruppen von 3—4 Mann zusammen. — Der einzige Sohn eines österrreichischen Oberheuers errant beim Schlitzschublaufen auf der Oder bei Hruschau, ohne daß bis jetzt die Leiche, auf dessen Herbeischaffung der Vater 200 Gulden Prämie ausgesetzt, zum Vorschein gekommen.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 15. 16.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Auftdruck bei 0°	333 ¹ / ₁₅	333 ¹ / ₃₇	332 ¹ / ₇₅
Luftwärme	+ 5 ⁰ / ₂	+ 3 ⁰ / ₈	+ 1 ⁰ / ₃
Dunstdruck	2 ¹ / ₅₉	2 ¹ / ₄₂	1 ¹ / ₉₄
Dunstfättigung	82 pCt.	86 pCt.	86 pCt.
Wind	W. 1	W. 1	W. 1
Wetter	wolfig.	trübe.	heiter.

Breslau, 16. Jan. [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 26 Cm. U.-P. — M. — Cm. Gistand.

Berlin, 14. Januar. Anfanglich zeigte die Börse eine sehr freundliche Bhsygnomie, denn die Motive, die gestern auf den Geschäftverkehr drückend gewirkt hatten, waren durch die eingetroffenen Depeschen von der Pariser Börse haktlos geworden, und es machte sich am hiesigen Platze das Bestreben geltend, die getrigte Abchwächung durch lebhafteren Geschäft und feste Haltung wieder auszugleichen. Ohne daß aber äußere Gründe erkennbar waren, trat bald nach Beginn der Börse ein sehr bedeutender Umschwung in der Stimmung ein. Die Kauflust ließ nach und in dem Maße, wie diese zurückwich, wuchs auf der anderen Seite das Angebot, die Tendenz verschlechterte sich forgesetzt, so daß der Schluß des Verkehrs bei matter, mindestens doch bei träger und lustloser Haltung stattfand. Diese veränderte Stimmung stand im vollen Gegenjatz mit den von Wien eintreffenden Courstelegrammen und

